STADT NEUSS

BESCHLUSS-NIEDERSCHRIFT

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	SITZUNGSDATUM
Öffentlich	16/15 Ausschuss für Umwelt und Grünflächen	18.09.2013

TO-PUNKT UND GEGENSTAND DER BERATUNGEN

TAGESORDNUNG

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 3 Grünrahmenplan zu den Bebauungsplänen Nr. 43/10 - Steinhaus- / Engelbertstraße und Nr. V 43/11 - Furth-Mitte, Engelbertstraße (Demenzkompetenzzentrum Rheinland)

Anträge

TOP 4 Antrag der UWG-Fraktion "öffentliche Grünanlagen von privaten Unternehmen unentgletlich pflegen lassen"

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 5 Zahlen und Fakten zum Jröne Meerke, Zwischenbericht

TOP 6 2. Quartalsbericht 2013 der Städtischen Friedhöfe Neuss für den Berichtszeitraum 01.01. - 30.06.2013

TOP 7 Bericht der Städtischen Friedhöfe Neuss zu Baumfällungen und Baumschnitt auf dem Norfer Friedhof

TOP 8 Bericht über die Sitzungen der Fluglärmkommission nach § 32 Luftverkehrsgesetz

TOP 9 Beschlusscontrolling

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	Sitzungsdatum
öffentlich	Sitzung 16/15, Ausschuss für Umwelt und Grünflächen	Sitzungsdatum 18.09.2013

NIEDERSCHRIFT

Sitzungsdauer	Beginn - Ende
Öffentliche Sitzung	17:00 Uhr - 18:05 Uhr
Nicht öffentliche Sitzung	18:05 Uhr - 18:06 Uhr
Sitzungsort	Ratssaal – Rathaus
Vorsitz Michael Klinkicht	

Anwesend:

CDU
Herr Stadtverordneter Giffeler
Herr Stadtverordneter Goerdt
Herr Stadtverordneter Hilgers
Frau Stadtverordnete Kilb
Herr sachkundiger Bürger Nehr
Herr sachkundiger Bürger Ritterstaedt
Frau Stadtverordnete Schäfer
Herr sachkundiger Bürger Schornstein
Herr Stadtverordneter Schümann
Frau sachkundige Bürgerin Siegel

SPD
Frau sachkundige Bürgerin Jansen
Herr Stadtverordneter Rohmer
Herr Stadtverordneter Stolz
Herr sachkundiger Bürger Ziege

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Frau Stadtverordnete Arndt
Herr Stadtverordneter Kehl
Herr Stadtverordneter Klinkicht

FDP
Herr sachkundiger Bürger Köhler
Herr sachkundiger Bürger Raithel

UWG-Neuss
Herr sachkundiger Bürger Pollack

Verwaltung
Herr Beigeordneter Hölters (6)
Herr Schwartz (14)
Frau Vogt-Sädler (19)
Herr Heumüller (19)
Herr Siebert (19)
Herr Diener (67)
Herr Westermann (67)
Herr Schmitt (72)

Gäste / Zuhörer
mehrere Zuhörer

Schriftführung
Frau Mayer (67)
Frau Coenen (19)

Öffentlicher Teil

Zu Beginn der Sitzung gedenkt der Vorsitzende Herr Klinkicht, zusammen mit den Sitzungsteilnehmern, dem am 20.08.2013 im Alter von 73 Jahren verstorbenen Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Grünflächen, Herrn s. B. Hans-Jürgen Henke (UWG) sowie dem am 19.08.2013 im Alter von 68 Jahren verstorbenen stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Grünflächen, Herrn s. B. Heinz Reinartz (CDU) mit einer Schweigeminute.

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Beschluss
Es wird festgestellt, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss
Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 3 Grünrahmenplan zu den Bebauungsplänen Nr. 43/10 - Steinhaus- / Engelbertstraße und Nr. V 43/11 - Furth-Mitte, Engelbertstraße (Demenzkompetenzzentrum Rheinland)
AUG 40-2013

Beschluss
Der Planvorlage und dem Ausbau wird vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln zugestimmt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anträge

TOP 4 Antrag der UWG-Fraktion "öffentliche Grünanlagen von privaten Unternehmen unentgletlich pflegen lassen"
RAT 48-2013

Aufgrund der Antwort der Verwaltung und der ergänzenden Erläuterungen durch Herrn Diener wird der Antrag der UWG-Fraktion nach eingehender Diskussion zurückgezogen.

Diskussion
Frau Arndt bittet darum, dass die Verwaltung Stellung nehmen möge, welche Grünflächen überhaupt für eine Pflege durch private Unternehmen in Frage kämen, denn es könne ja nicht sein, dass künftig die gesamten Grünflächen von privaten Unternehmen gepflegt werden.
Herr Diener erläutert, dass es im Stadtgebiet ca. 8.000.000 qm öffentliche Grünflächen gebe. Davon seien ca. 3.000.000 qm Park- und Gartenanlagen. Nur diese Flächen kämen für eine unentgeltliche externe Pflege in Frage. Andere Grünflächen, wie z. B. Spielplätze, Straßenbegleitgrün oder auch Wald scheiden aus anderen Gründen regelmäßig aus. Zwar gebe es für Spielplätze und Straßenbäume Patenschaften, aber diese umfassten nur Teilaufgaben der Gesamtpflege. Die Gerätesicherheit und die Verkehrssicherungspflicht könnten im Rahmen einer Patenschaft nicht übernommen werden. Beim Straßenbegleitgrün stehe vor allem der Sicherheitsaspekt im Vordergrund. Im Jahre 2012 habe ein Neusser Unternehmen auf eigene Kosten die Herstellung einer ca. 200 qm großen Grünfläche übernommen und sich zu deren Pflege vertraglich auf fünf Jahre verpflichtet. Diese Aktion sei öffentlichkeitswirksam kommuniziert worden, in der Hoffnung, weitere Unternehmen hierfür zu gewinnen, bisher leider ohne Erfolg. Die durch Patenschaften mögliche finanzielle Entlastung der Stadt Neuss hielte sich, auch bei einem Vielfachen an Patenschaften, angesichts der Flächenverhältnisse in Grenzen. Eine spürbare Entlastung des Grünpflege-Etats sei nicht gegeben. Gleichwohl unterstütze die Verwaltung jegliche Initiative potentieller Interessenten, die sich zur Pflege / zu Pflegepatenschaften anbieten und wähle dazu geeignete öffentliche Grünflächen aus.
Herr Stolz könne den Antrag, so weit er den Fahrbahnbereich angehe, aus Sicherheitsgründen nur ablehnen.
Herr Goerdt empfiehlt dem Antragsteller den Antrag zurückzuziehen, weil die damals geltenden Argumente für eine Ablehnung des Antrags natürlich auch heute noch gelten, nämlich, dass sich dieses Modell finanziell nicht lohnen würde bzw. nicht umsetzbar sei und neue Argumente, die heute zu einem anderen Abstimmungsverhalten führen könnten nicht genannt worden seien. Mit den wenigen Einzelfällen, bei denen eine Pflege durch private Unternehmen sinnvoll sei, könne der Haushalt nicht wirklich gerettet werden.
Herr Pollack möchte die Patenschaften auf Kreisverkehre begrenzt wissen.
Herr Klinkicht sieht eine Pflegeverpflichtung, wie sie im Antragstext zum Ausdruck komme, als problematsich an.
Frau Schäfer schließt sich dem Wortbeitrag von Herrn Goerdt an und spricht sich im übrigen dafür aus, dass jeder, der dauerhaft eine öffentliche Grünanlage pflegen wolle, sich mit dem Grünflächenamt in Verbindung setzen könne. Bevor nun der Antrag erneut abgelehnt werde, empfiehlt auch sie, ihn besser zurückzuziehen.
Herr Köhler schließt sich mit Hinweis auf den bürokratischen Aufwand den Worten seiner Vorredner an.
Herr Pollack zieht daraufhin den Antrag seiner Fraktion zurück.

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 5 Zahlen und Fakten zum Jröne Meerke, Zwischenbericht
AUG 36-2013

Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt und Grünflächen vor.

Diskussion

Herr Stolz bezeichnet die Mitteilung der Verwaltung im Namen seiner Fraktion als außerordentlich gut und auch den Umgang mit dieser Herausforderung, und wenn die Maßnahmen zu einem meßbaren Erfolg führen, dann sollten sie auch entsprechend umgesetzt werden.
Herr Klinkicht ermahnt die Handelnden, das Absammeln der Eier diesmal frühzeitig vor dem Schlüpfen durchzuführen.
Frau Schäfer dankt für die Sachverhaltsdarstellung und konzentriert sich zunächst vor allem auf die Umsetzung der Maßnahmen unter den Ziffern 1. - 3. des acht Punkte umfassenden Maßnahmenkatalogs, wobei auch sie bemerkt, dass das Absammeln der Eier im kommenden Frühjahr auf jeden Fall funktionieren müsse. Nachdem die Freizeitanlage seit nunmehr zwei Jahren kaum noch Aufenthaltswert habe, weder für Kinder, noch für Rentner oder für Sportler, sei es jetzt an der Zeit, alles, aber auch wirklich alles daran zu setzen, die Anlage wieder nutzbar zu machen. Dazu gehöre auch – wenn der Schlüpfungszeitpunkt bevorstehe – ein Einsatz über die reguläre Dienstzeit hinaus, das bedeute, dass das Absammeln der Eier, ungeachtet von Wochenenden, Sonn- und Feiertagen unter allen Umständen so rechtzeitig passieren müsse, um hier einen Erfolg zu erzielen. Auch die Überwachung und Ahndung des Fütterungsverbotes müsse unbedingt durchgesetzt und auch ein Gespräch mit den Anglern müsse geführt werden.
Herr Kehl fragt nach der Höhe der bisher angefallenen Kosten. Er hält fest, dass die Schlammschicht in einem Zeitraum von 50 Jahren entstanden sei und die Landwirtschaft nach wie vor – wenn auch mit abnehmender Tendenz – in der Vergangenheit ihren Beitrag zu der entstandenen Problematik geleistet habe. Aus diesem Grunde sei er der Ansicht, dass die Verwaltung auch mal Geld in die Hand nehmen müsse, um die Qualität des Sees grundlegend und dauerhaft zu verbessern. Die Kosten hierfür bitte er zu benennen und im Haushaltsplan zu veranschlagen.
Herr Westermann beziffert die bisher entstandenen Kosten mit zusammen 12.000,00 €, und zwar für das Abfischen der Algen und das Aufstellen der Fütterungsverbotsschilder im Wasser. Für die Entschlammung verweist er auf die bereits in der vorherigen AUG-Sitzung genannten Kosten von ca. 400.000,00 €.
Herr Goerdt erklärt, dass es bei der Sanierung des Gewässers mit einer Mitteilung der Verwaltung, die nur zur Kenntnis genommen werde, nicht getan sei, sondern dass hier eine Beratungsunterlage mit Beschlussempfehlung durch die Verwaltung vorgelegt werden müsse. Die Reduzierung der Gänsepopulation durch eine Stärkung der natürlichen Feinde, wie Greifvogel, Fuchs und Dachs zu erreichen, sehe er mit Blick auf spielende Kinder als problematisch und als eher theoretische Lösungsmöglichkeit an. Das Bejagen der Gänse sehe er – natürlich nur unter bestimmten Voraussetzungen mit entsprechenden Anträgen und entsprechenden Ausnahmegenehmigungen – dagegen schon als gangbaren Weg, um dem Gänseproblem beizukommen. Hier sei eine etwas straffere Vorgehensweise erforderlich. Der aufgestellte Zaun sei zwar gut gemeint, aber nicht wirklich zielführend gewesen. Relativ schnell sei der Zaun heruntergetreten und entsprechend relativ schnell sei die Wirkung verpufft. Er sei angesprochen worden, ob man da nicht wieder für sinnlose Sachen Geld ausgegeben habe. Er sei jedoch der Meinung, einen Versuch sei es Wert gewesen. Den Bürgern der Nordstadt müsse man allerdings mit erfolgreichen Maßnahmen kommen, damit sie nicht auch weiterhin einen großen Bogen um das Jröne Meerke machen. Gut gemeinte Aktionen reichen da nicht aus.
Frau Arndt zeigt sich davon überzeugt, dass die Durchsetzung des Fütterungsverbotes mit zusätzlichem Personal kein Problem darstellen dürfte. Sie bittet Herrn Diener, das Vorgehen zu schildern und die Höhe des Betrages zu nennen.

Herr Diener teilt mit, dass bei Zuwiderhandlung zunächst ermahnt und bei Wiederholung ein Verwarnungsgeld fällig werde. Die Höhe des Betrages belaufe sich nach Gartenordnung auf bis zu 500,00 €.
Frau Arndt möchte einen Verwarnungsgeldkatalog, in dem man die Höhe der Verwarnungsgelder ablesen könne.
Herr Rohmer erklärt, dass das gar nicht so einfach sei, wie es hier dargestellt werde. Da müsse entsprechendes Personal vorhanden sein, das in der Lage sei, solche Zuwiderhandlungen zu ahnden, die Personalien aufzunehmen usw.. Entsprechende Kosten seien da nicht zu vermeiden.
Herr Schümann stellt die Frage, ob es wirklich besser sei, die Tiere verhungern zu lassen.
Frau Kilb sieht eine Schwierigkeit, ohne Verwarngeldkatalog zu arbeiten.
Herr Klinkicht verweist auf eine der nächsten Sitzungen, in der es eine Beratungsunterlage geben werde. Dann werde man auch mehr Klarheit über das konkrete Vorgehen erreichen.

TOP 6 2. Quartalsbericht 2013 der Städtischen Friedhöfe Neuss für den Berichtszeitraum 01.01. - 30.06.2013
AUG 37-2013

Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt und Grünflächen vor.

TOP 7 Bericht der Städtischen Friedhöfe Neuss zu Baumfällungen und Baumschnitt auf dem Norfer Friedhof
AUG 41-2013

Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt und Grünflächen vor.

Diskussion
Herr Klinkicht zeigt sich verärgert darüber, dass die in der Mitteilung erläuterten Maßnahmen im Vorfeld nicht kommuniziert worden seien. Mit einer entsprechenden Vorabinformation an ihn und an die Baumkommission wäre ein großes Maß an Verstimmung und Ablehnung der Maßnahme in der Bevölkerung vermieden worden. Auch bei Schnittmaßnahmen bittet er um Beteiligung, damit die Politik auf Eingaben der Bevölkerung vorbereitet sei. Bei der Durchführung der Arbeiten mahnt er mit Blick auf den Schutz von Fauna und Flora die entsprechende Sorgfaltspflicht an.
Herr Goerdt erklärt, dass er aufgrund der Mitteilung an der fachlichen Notwendigkeit der Maßnahme keinerlei Zweifel habe, schließt sich im übrigen jedoch den Ausführungen von Herrn Klinkicht an.
Frau Arndt zeigen die aufgeregten Anrufe aus der Bevölkerung, dass die Kommunikation mit dem Ausmaß der Aktivität einhergehen müsse.
Herr Hölters erläutert, dass sich die SFN über den Verlauf sowie den Umfang solcher Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich des Artenschutzes bereits in Abstimmung mit dem Umweltamt befinde. Zudem sei die entsprechende Kommunikation solch großer Baumarbeiten intern wie auch im Ausschuss als Standard vereinbart. So würde die Maßnahme in der Rückschau betrachtet auch stattfinden, dann allerdings in der Politik und ggf. auch in der Öffentlichkeit kommuniziert.

TOP 8 Bericht über die Sitzungen der Fluglärmkommission nach § 32 Luftverkehrsgesetz
AUG 38-2013

Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt und Grünflächen vor.

Diskussion
Herr Klinkicht weist auf das zukünftige Planfeststellungsverfahren zu einer Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf hin. Hierdurch werde es zu vermehrten Überflügen des Neusser Stadtgebietes kommen. Ihm läge ein diesbezügliches Schreiben des Vereins Bürger gegen Fluglärm vor.
Anmerkung der Verwaltung:
Das Schreiben des Vereins Bürger gegen Fluglärm sowie ein Auszug der Broschüre „Verfahren zur Kapazitätserweiterung“ des Flughafens Düsseldorf liegen der Niederschrift als Anlage bei.
Frau Arndt erkundigt sich nach einem gemäß ihrer Kenntnis stattfindenden Scoping-Termin zum Vorhaben des Flughafens Düsseldorf im Oktober 2013.
Anmerkungen der Verwaltung:
Der Flughafen Düsseldorf beabsichtigt, den Antrag auf Planfeststellung zur Kapazitätserweiterung im Juni 2014 beim Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW als zuständige Genehmigungsbehörde einzureichen. Die Bezirksregierung Düsseldorf als zuständige Anhörungsbehörde wird dann die Antragsunterlagen auslegen und die betroffenen Kommunen und sonstigen Träger Öffentlicher Belange zur Stellungnahme auffordern. Eine Einladung zu einem Scoping-Termin im Oktober 2013 liegt der Verwaltung bislang weder vom Ministerium noch von der Bezirksregierung vor. Der Flughafen Düsseldorf plant jedoch mehrere Informationsveranstaltungen im Oktober, die das Vorhaben aus seiner Sicht darstellen sollen.
Herr Stolz bewertet die Mitteilung der Verwaltung positiv. Der dargestellte Sachstand müsse nicht vertieft diskutiert werden.
Frau Siegel weist darauf hin, dass Neuss auch durch Nachtflüge in Folge des Frachtverkehrs auf dem Flughafen Köln-Bonn belastet werde.
Herr Ritterstaedt bittet um eine Ergänzung zu Anlage AUG 38-2013-2. Er möchte wissen, um welche Lärmpegel es sich genau handele. Desweiteren bittet er in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses um eine Information darüber, welche Fluglärmereignisse an der Fluglärmmessstelle in Neuss zur Nacht-Zeit (22.00 bis 06.00 Uhr) gemessen würden.
Anmerkung der Verwaltung:
Bei den in Anlage AUG 38-2013-2 dargestellten Pegeln handelt es sich um die äquivalenten Dauerschallpegel $L_{p,A,eq,Fl}$ zur Tag-Zeit (6.00 bis 22.00 Uhr) und zur Nacht-Zeit (22.00 bis 6.00 Uhr). Der gemessene äquivalente Dauerschallpegel berücksichtigt sämtliche Lärmereignisse, deren Schalldruckpegel eine Messschwelle von 60 dB(A) länger als die Mindestzeit von 5 Sekunden überschreitet und nach Erreichen des Maximalpegels die Messschwelle nicht länger als die Horchzeit von 5 Sekunden unterschreitet. Nach Aussage des Flughafens Düsseldorf wird die Messstelle täglich kalibriert. Die Messunsicherheit gibt der Flughafen mit < ± 0,9 dB(A) an.

TOP 9 Beschlusscontrolling

Ausschussvorsitzender	Ausschussmitglied	Schriftführerin
Michael Klinkicht	Ingrid Schäfer	Brigitte Mayer